Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Krohanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittnaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Knauthe & Co. Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig. Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 100. **Halle, Dienstag den 25. September 1917.** **1. Jahrgang.**

Ein schwerer Weg.

Mit Spannung erwartet das deutsche Volk die Wirkung der deutschen Antwortnote an den Papst. Der Schluß dieser Note enthält, wie erinnerlich, eine recht optimistisch klingende Wendung, aus der hervorzugehen scheint, daß die deutsche Regierung ein Eingehen der Gegner auf die Friedensvermittlungsversuche des Papstes nicht nur wünsche, sondern auch erwarte. Indes wäre es recht gefährlich, wenn sich infolge solcher in günstigem Sinne deutbaren Aeußerungen eine allzu zuversichtliche Stimmung in der Bevölkerung verbreiten würde. Der Rückschlag könnte gefährlich sein.

Man erinnert sich lebhaft des ersten deutschen Friedensangebots vom 12. Dezember 1916. Die Stimmung war damals geradezu enthusiastisch, die Zuversicht allgemein, und die ablehnende Haltung der Gegner erregte im ganzen deutschen Volke

Entrüstung und Erbitterung.

Diese Stimmung wurde dann von der deutschen Kriegspartei in einer Weise ausgenutzt, die für die Friedenssache verhängnisvoll geworden ist. Wir hatten den europäischen Krieg zu beenden versucht, und dafür bekamen wir den wirklichen Weltkrieg an Stelle des Krieges, den wir zuvor nur doch übertreibend den Weltkrieg genannt hatten. Mit dem Bruch der diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika war nun im dritten Jahre des Krieges der wirkliche Weltkrieg da. Den Vereinigten Staaten schloß sich fast der ganze amerikanische Weltteil an, erst in den letzten Tagen sind auch die bisher mühsam aufrechterhaltenen Beziehungen zu Argentinien zusammengebrochen, und selbst der schwerfällige Koloß des asiatischen Kontinents setzte sich durch die Kriegserklärung Chinas gegen uns in Bewegung. Alles dies hätte sich verhindern lassen, wenn das deutsche Volk bis hinauf zu den maßgebenden Kreisen angesichts der Ablehnung des Friedensangebots vom 12. Dezember den Kopf kühl behalten hätte. Und nun stelle man sich einmal die Situation vor, die sich ergeben hätte, wenn die deutsche Politik, wie das die Sozialdemokratie verlangte, unbeirrt auf dem nun einmal eingeschlagenen Wege des Friedens geblieben wäre. Was hätte die russische Revolution im März 1917 für den Frieden bedeuten können, wenn ihr nicht im Monat vorher der Eintritt Amerikas in den Krieg vorangegangen wäre?

So bedenklich es auch sonst ist, in der Politik mit wenn und aber zu operieren, so kann man doch hier mit der allergrößten Bestimmtheit aussprechen: Wenn die deutsche Politik den Eintritt Amerikas in den Krieg verhindert hätte, dann hätte die russische Revolution den Frieden erzwungen, und unsre Feldgrauen wären längst zu Hause.

Heute steht freilich die Situation so, daß durch deutsche Entschlüsse, die im Zorne gefaßt sind, kaum noch etwas verdorben werden kann. Es gibt ja nur noch sehr wenige Staaten, die durch

Fehler der deutschen Politik

in den Krieg gegen uns getrieben werden könnten. Man soll aber deshalb nicht sagen, daß es nun schon nicht mehr darauf ankomme, einen Fehler mehr oder weniger zu machen. Die deutsche auswärtige Politik bedarf vielmehr der allergründlichsten „Neuorientierung", wenn sie das Reich aus der noch nicht dagewesenen diplomatischen Lage, in der es sich befindet, wieder herausführen soll.

Mit dieser Neuorientierung ist durch die Antwort an den Papst ein Anfang gemacht worden. Diese Note verrät nichts mehr von dem Geiste, den man in der Welt mit Recht oder Unrecht den Geist des preußischen Militarismus nennt. Sie wird durch die Bestimmtheit, mit der sie für Abrüstung und internationale Schiedsgerichte eintritt, auf alle wirklich Friedenswilligen im Ausland den stärksten Eindruck machen. Ob ihr aber der große Erfolg beschieden sein wird, den

Krieg binnen kurzer Zeit zu Ende

zu bringen, steht dahin.

Will man die Wirkungsmöglichkeiten der deutschen Antwortnote mit ruhiger Objektivität abschätzen, so wird man nicht die starke Gegenwirkung vergessen dürfen, die von der Veröffentlichung des deutschen diplomatischen Depeschenwechsels durch das amerikanische Staatsdepartement ausgeht. Eine Pandorabüchse ist damit geöffnet worden, deren unheilvolle Wirkung mit jedem Tage wächst. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß kein Staat, der sich im Kriege befindet, die Veröffentlichung seines geheimen Depeschenwechsels mit ruhigem Gewissen ertragen könnte. Nun ist aber gerade Deutschland in der sehr unglücklichen Lage, alle seine diplomatischen Intimitäten dem Blick einer schadenfrohen, mißtrauischen und haßerfüllten Welt preisgegeben zu sehen. Und was ist dabei herausgekommen? Was wird noch herauskommen? Ein deutscher Gesandter schimpft den auswärtigen Minister einer Regierung, bei der er akkreditiert ist, einen Esel und empfiehlt, die Schiffe der neutralen Macht, bei der er das Deutsche Reich vertritt, spurlos zu versenken, sie mit Mann und Maus untergehen zu lassen. Zu den Enthüllungen über die Tätigkeit des Grafen Luxburg in Argentinien gesellen sich jetzt Veröffentlichungen über die

Depeschen des Grafen Bernstorff

aus Washington, die nicht minder verhängnisvoll sind. Daß ein deutscher Botschafter mit der lumpigen Summe von 200 000 Mark die Entschlüsse des amerikanischen Kongresses beeinflussen wollte, muß in Amerika Geächter und stärkste Entrüstung erregen.

Das Schicksal des Grafen Bernstorff ist tragisch. Denn er ist das Opfer eines Systems geworden, dem er innerlich fern steht. Er hat alles getan, um den Frieden mit den Vereinigten Staaten zu erhalten, und er hat die Wirkungen einer seinen eignen Absichten entgegengesetzten Politik hier vorausgesehen. Das muß auch heute anerkannt werden, wo man sagen muß, daß Graf Bernstorff durch Uebereifer Schaden gestiftet hat.

Man muß sich aber die Atmosphäre vorstellen, in die die deutsche Antwort an den Papst fällt, und man wird sich zugestehen müssen, daß sie nicht allzu günstig ist. Die Widerstände, die sich der neuen, von der Reichstagsmehrheit geführten Friedenspolitik entgegenstellen, sind sehr groß. Wenn aber die deutsche Antwort

nicht sofort zu dem Erfolg führt,

den viele in kürzester Frist von ihr erwarten, dann wird auch wieder sogleich die deutsche Kriegspartei da sein mit der hohnvollen Frage: „Was hat es euch genützt?"

Wir müssen also für die nächste Zeit auf eine gewaltige Aktion der durch die „Deutsche Vaterlandspartei" verstärkten Alldeutschen gefaßt sein. Diese Agitation wird die Friedensungeduld und die voreilige Enttäuschung des Volkes in eben derselben Weise zu mißbrauchen versuchen, wie das nach dem Friedensangebot vom 12. Dezember v. J. geschehen ist. Darum muß heute schon gesagt werden, daß wir aus von der deutschen Antwortnote keine Wunder erwarten, und daß wir in dem Ausbleiben des sofortigen Erfolgs keinen Beweis für die Unrichtigkeit der eingeschlagenen Politik erblicken können. Der Fehler, der schwere verhängnisvolle Fehler liegt vielmehr auf der andern Seite, und nur wenn der unheilvolle Geist der Reaktion und des Alldeutschtums rücksichtslos und bis auf den letzten Rest und endgültig aus der deutschen Politik ausgemerzt ist, haben wir Aussicht, in absehbarer Zeit zu einem ehrenvollen Frieden zu kommen. —

Neue Aufgaben.

In diesen Tagen tritt der Reichstag wieder zusammen. Der Sessionsabschnitt, mit kürzeren und längeren Unterbrechungen bis in das Frühjahr oder den Sommer des Jahres 1918 hineinreichend, bildet ein zusammenhängendes Ganzes, in dem manche fruchtbare Arbeit gefördert werden kann. Die neue Reichstagsmehrheit wird in dieser Zeit Gelegenheit haben, ihr Probestück zu liefern. Ueber ihre Zukunft soll nichts prophezeit werden, fürs erste aber ist sie durch die wütenden Angriffe, die gegen sie gerichtet werden, nur noch fester zusammengeschweißt worden, und so sollte wenigstens der Versuch gemacht werden, sie zu einer festen Arbeitsmehrheit zu konsolidieren, die der Tätigkeit des Parlaments Ziele und Wege bestimmt.

Die wichtigsten Aufgaben liegen heute naturgemäß auf dem Gebiet der

auswärtigen Politik.

Hier hat die Mehrheit einen Weg betreten, auf dem es kein Zurück mehr gibt. Es ist eine phantastische und gefährliche Lüge der Gegner, daß die Reichstagsmehrheit den Erfolg der deutschen Waffen nicht wolle. Ueber die Möglichkeit seiner politischen Auswirkung hat sie sich aber eine feste Meinung gebildet, die auf die Erfahrungen von drei Kriegsjahren gegründet ist, und durch spätere Ereignisse nicht mehr umgestoßen werden kann. Es hat sich als Kriegsziel die Erhaltung des Deutschen Reiches gesetzt, wie es vor dem Kriege gewesen ist, und sie hat ganz richtig in der Betonung der dauernden deutschen Friedensbereitschaft die wichtigste politische Waffe der Verteidigung erkannt. Während die deutschen Waffen den Gegnern Widerstand leisten und ihren Erfolg weiter ausbauen, muß die deutsche Friedensarbeit die moralische Kraft eines auf Eroberungen gerichteten feindlichen Angriffswillens dauernd erschüttern, bis sie vollständig zerbricht, und die Gegner zu einem Verständigungsfrieden geneigt sind. Diese Arbeit kann, bis sie von Erfolg gekrönt ist, länger dauern, als mancher Optimist angenommen hat. Aber man muß sich darüber klar sein, daß es einen andern Weg, zum Frieden zu gelangen, überhaupt nicht gibt. Was durch militärische Mittel geschehen kann, um die Gegner von der Unüberwindlichkeit Deutschlands zu überzeugen, geschieht ohnehin. Ebenso unbeirrbar und unabhängig von Schwankungen des Tages wie die Kriegführung muß auch die Kriegspolitik des Deutschen Reiches geführt werden. Ihr Ziel ist der

Friede der Selbsterhaltung,

der Verständigungsfriede, der, mit sicheren internationalen Garantien umgeben, die Welt vor der Wiederholung einer solchen Katastrophe schützt.

Auf dem Gebiet der innern Politik steht die Verfassungsfrage nach wie vor im Vordergrund des Interesses. Was der Verfassungsausschuß bisher geleistet hat, ist Flickwerk und Stückwerk. Sei es durch verfassungsrechtliche Aenderungen, sei es durch einen deutlichen Ausdruck der bestehenden Machtverhältnisse selbst, auf jeden Fall muß die Tatsache zur Erscheinung gebracht werden, daß eine Reichspolitik ohne Zustimmung des Reichstags unmöglich ist, und daß kein Reichskanzler möglich ist, der nicht das ausgesprochene Vertrauen der Volksvertretung besitzt. Diese Tatsache ist in den Verfassungen andrer Länder paragraphenmäßig gar nicht festgelegt, denn dort versteht sie sich eben von selbst. Ob das Deutsche Reich auf eine Verfassungsbestimmung verzichten kann, die das wirkliche Verantwortungs- und Vertrauensverhältnis des Kanzlers zum Reichstag ausdrücklich festlegt, muß der Gegenstand eindringlicher Erwägungen sein. Ein Kampf um diese Frage dürfte sich indes kaum vermeiden lassen, wenn sich nicht der Reichskanzler noch nachträglich zu der Erklärung bequemt, die man bei seinem Antritt verulkt hat, zur Erklärung nämlich, daß er sein Amt keinen Augenblick länger bekleiden werde als so lange, wie er das Vertrauen des Deutschen Reichstags besitzt.

Die Zerlegung der größten Reichstagswahlkreise, die in einem Regierungsentwurf vorgeschlagen werden wird, legt die Frage nahe, ob nicht bei dieser Gelegenheit gründlicher als dies durch die Vorlage geschieht, für die Reinheit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170925-10/fragment/page=0001

Halle und Saalkreis.

Halle, 25. September 1917.

Kriegsbegeisterte Pastoren.

Eine Pastoralkonferenz der Diözese Artern hielt es dieser Tage für ihre erste und hauptsächlichste Pflicht, gegen die Friedensresolution des Reichstags und den Vermittlungsversuch des Papstes mit folgender Resolution Stellung zu nehmen:

Wir Pfarrer des Kirchenkreises Artern, voll bewußt der Verantwortung, die uns unser Amt für die Erhaltung gut vaterländischer Gesinnung in unserm Volk auferlegt, halten es für unsre Pflicht, hierdurch öffentlich zu erklären, daß wir mit tiefem Schmerze darüber erfüllt sind, daß die Mehrheit des Deutschen Reichstags durch ihre „Friedensresolution" dazu beigetragen hat, die Begeisterung von 1914, die durch die Not einige Dämpfung erlitten hatte, noch weiter herabzustimmen bis zu einem Grade, der um die Zukunft unsers Volkes ernst besorgt machen muß. Wir bitten alle treuen Freunde unsers Volkes, mit Klarheit und Entschiedenheit dafür einzutreten, daß jene „Resolution" nicht für den Ausdruck der wahren Gesinnung des deutschen Volkes ausgegeben werden könne. Wir wissen uns vielmehr mit allen guten Deutschen darin eins, daß durch falsches Entgegenkommen der Trotz und Dünkel unsrer Feinde nur gesteigert und das furchtbare Blutvergießen nur verlängert wird. Auch können wir von der Friedenskundgebung des Papstes, da sie von unwahren und ungerechten Voraussetzungen ausgeht, nicht erwarten, daß sie uns nur einen Schritt dem Frieden näher führt. Nur das deutsche Schwert kann uns mit Gottes Hilfe den Frieden schaffen, der den furchtbaren Opfern dieses Krieges entspricht.

Jesus Christus hat einst mit ernsten Worten Petrus befohlen, das Schwert wieder in die Scheide zu stecken. Die angeblichen Verkünder seines Glaubens im Jahre 1917 sehen das Heil der Welt „nur im deutschen Schwerte". Die Annahme einer Friedensresolution erfüllt sie mit Schmerz. —

Rückblick auf den Sommer.

Am Sonntag nachmittag 4 Uhr hat die Sonne in ihrer scheinbaren Jahresbahn wieder den Aequator überschritten, um bis zum 21. März 1918 südlich von ihm zu bleiben. Damit beginnt in astronomischem Sinne der Herbst, dessen Nahen sich ja bereits in den letzten Wochen unverkennbar bemerkbar gemacht hat. Er folgt in diesem Jahr auf einen Sommer, der hinsichtlich seiner andauernden Wärme und Beständigkeit seit Jahrzehnten seinesgleichen nicht hatte, wenigstens soweit ein großer Teil Mitteleuropas, namentlich Mittel- und Norddeutschland, in Betracht kommt.

Dieser Sommer bot in jeder Hinsicht dem Meteorologen viel Bemerkenswertes. Völlig ungewöhnlich war vor allem sein Beginn, der sich unmittelbar und ohne jeden frühlingshaften Uebergang von längerer Dauer an den ausnehmend langen und strengen Winter anschloß. Dieser Winter dauerte, ohne daß irgendwie der Frühling sich merkbar regte, bis zum 30. April; infolgedessen war bei Beginn warmer und sonniger Witterung am 1. Mai die Vegetation im ganzen Lande noch völlig unentwickelt. Schon nach wenigen Tagen wurden aber überall 25 Grad Wärme überschritten; einige nach verbreiteten Gewittern eingetretene Kälterückfälle, deren erster, am 6. Mai, sehr empfindlich war, waren aber nicht von Dauer, da schon nach 1 oder 2 Tagen überall wieder warmes Wetter eintrat. Am 13. Mai kamen in Süddeutschland, tags darauf auch in Hannover, zum erstenmal 30 Grad Wärme vor; Magdeburg erreichte am 14. Mai schon 32 Grad Celsius. Während der nächsten 4 Wochen herrschte, nur von ganz vorübergehenden und unwesentlichen Rückschlägen unterbrochen, dauernd heiteres und sommerlich warmes Wetter, worauf am 12. Juni die heißeste Zeit des Jahres begann, die bis gegen Ende des Monats dauerte. Am 20. wurden in Berlin, Magdeburg und Königsberg 35 Grad Wärme erreicht, worauf die Hitze wieder nachließ, ohne daß aber der durchaus hochsommerliche Charakter der Witterung verlorenging.

Mit der langen Wärmeperiode im Mai und Juni war in Norddeutschland eine Periode fast völliger Dürre verbunden, während der Süden und Südwesten des Landes unbeschadet sommerlicher Witterung ausreichende, sogar recht ergiebige Niederschläge hatte, die in Begleitung sehr zahlreicher Gewitter fielen. Ueberhaupt war der Sommer gewitterreich, insbesondere im Süden und Südwesten Deutschlands, nächstdem im Westen des Landes, während in den nördlichen und östlichen Landesteilen die Zahl der elektrischen Entladungen sich in mäßigen Grenzen hielt. In manchen Gegenden blieben die Gewitter sogar hinter der normalen Zahl zurück. Mit dem Beginn des Monats Juli wurde die Witterung zwar veränderlicher, der Charakter eines schönen und warmen Sommers blieb aber trotzdem in den meisten Landesteilen unbeeinträchtigt, und im August kam es sogar nochmals zu sehr großer Hitze.

Es bleibt für das künftige Wetter zu berücksichtigen, daß die Sonnentätigkeit nach wie vor sehr stark ist und daß in den Zeiten des Sonnenfleckenmaximums eine ausgesprochene Neigung zu Witterungsextremen besteht. Demgemäß muß man darauf gefaßt sein, daß der Winter früher oder später auch wieder strenge Kälte bringt; ebenso muß mit der Möglichkeit eines sehr regenreichen Herbstes gerechnet werden, zumal seit dem Beginn des Jahres die Niederschläge im allgemeinen sich unter dem langjährigen Durchschnitt gehalten haben. Darauf folgt früher oder später immer wieder ein Ausgleich durch besondern Niederschlagsreichtum, und dieser Ausgleich kann nach einer so langen Periode des Regenmangels nicht mehr fern sein.

* **Der Seefischverkauf**, der heute morgen begonnen hat, wie wir bereits gestern mitgeteilt haben, findet in nachstehenden Geschäften statt: Hedwig Bönicke, Gr. Brunnenstraße 65; Th. Falkes Fischhandlung, Leipziger Straße 75; Gustav Gärtner, Merseburger Straße 161; Karl Ihde, Moritzkirche 3; D. D. G. „Nordsee" Gr. Ulrichstraße 58; Hermann Nolte, Merseburger Straße; Karl Pfeiffer, Neumarktfischhalle, Geiststraße 33; Pfeiffer & Haase, Ludwig-Wucherer-Straße 76; H. Rick Nachf., Gr. Ulrichstraße 39; A. Schnabel, Reilstraße 126; Ernst Schnabel, Steinweg 43; Gottl. Schnabel, Bernburger Straße 17; Paul Schnabel, Leipziger Straße 52; Karl Stöwe, Kannische Straße 1; Max Wolf, Steinweg 19; Paul Ziegler, Dessauer Straße 2; Friedrich Krahmer, Wochenmarkt, Fischerplan 3. Für jede Person eines Haushalts kann ca. ½ Pfund Seefische mit Kopf oder ⅓ Pfund ohne Kopf abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsschein Nr. 10, Abschnitt Nr. 101. Zugelassen sind die Nummern der Lebensmittelscheine Nr. 1 bis 10000 und Nr. 56000 bis 70000. Wegen Papiermangels wird das Publikum ersucht, Papier oder Taschen, Netze, Körbe usw. mitzubringen. Die Verkäufer haben den Buchstaben S (Seefische), das entnommene Gewicht und das Datum unter Rubrik C des Lebensmittelscheins mit Tinte oder Tintenstift einzutragen und den Abschnitt 101 des Warenbezugsscheins Nr. 10 abzutrennen. —

* **Eine weitere Erschwerung der Schuhreparaturen** steht bevor. Wie der „Reichsanzeiger" mitteilt, ist der Ersatzsohlen-Gesellschaft die Herstellung und der Vertrieb von Sohlenschonern und Sohlenbewahrern, die ganz oder zum Teil aus Leder bestehen, verboten worden. Die kleinen Lederstücke, mit denen man bisher schonungsbedürftige Sohlen benagelte, dürften nur noch für die Heeresverwaltung reserviert werden. Die gewerbsmäßige Herstellung der Ledersohlenschoner ist vom 30. September an verboten, der Vertrieb der bis dahin fertigen Ware ist noch bis zum 1. Dezember 1917 unter gewissen Preisbeschränkungen gestattet. —

* **Keine verderblichen Nahrungsmittel an Kriegsgefangene senden.** Amtlich wird folgendes bekanntgegeben: Aus einer Reihe von Gefangenenbriefen, die in den letzten Wochen aus England hier eingegangen sind, muß mit Bedauern entnommen werden, daß trotz allen Mahnungen immer noch große Mengen verderblicher Lebensmittel aus Deutschland an die Gefangenen verschickt werden. So heißt es in einem Briefe: „In letzter Zeit kommen eine Masse von Eßpaketen von Deutschland hier an, hauptsächlich auch Brot, Kuchen usw. Leider kommt das Brot schimmlig an, es ist tatsächlich eine Schande, das anzusehen." Ferner schreibt ein Gefangener: „Eine dankbare Aufgabe für Anni und Georg wäre wohl, wenn sie dazu beitragen würden, daß an uns Kriegsgefangene Lebensmittel nicht zur Versendung kommen. Hunderte von Laib Brot und Pumpernickel (bis zu 8 Pfund und mehr) sind hier schon angekommen, von Schimmel völlig vernichtet, ebenso Speck, Schinken, Fett, Marmelade und so weiter." Ein Gefangener aus dem Lager Blandford teilt mit, daß täglich Zentner verschimmelten Brotes eingingen, und gibt seinem Bedauern hierüber Ausdruck. Angesichts der mehrere Wochen betragenden Beförderungsdauer muß also nochmals dringend davor gewarnt werden, frisches Brot und andre dem Verderben ausgesetzte Lebensmittel nach England zu schicken. Es wäre bedauerlich, wenn seitens der Behörden Maßnahmen getroffen werden müßten, die eine allgemeine Beschränkung des Paketversandes an Kriegsgefangene bedeuten würden. Deutscherseits wird der Frage der Lebensmittelversorgung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in England besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Die erforderlichen Schritte sind getan, um eine Verbesserung der Ernährung der internierten Deutschen in England durch Uebersendung von haltbaren Lebensmitteln auf sicherem und schnellerem Wege zu ermöglichen. —

* **Einschränkung des Papierverbrauchs für Bücher.** Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung über Druckpapier vom 20. September 1917. Danach dürfen die Verleger zur Herstellung von Druckwerken (Bücher, Sammelwerke, Einzelwerke, Jugendschriften usw.), Musikalien, Zeitschriften und sonstigen periodisch erscheinenden Druckschriften vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1917 nur noch 55 Prozent derjenigen Menge Druckpapier beziehen, die im gleichen Zeitraum des Jahre 1916 zu der Herstellung dieser Druckwerke verwendet worden ist. —

* **Zum Zuckerbezug.** Der Magistrat weist abermals darauf hin, daß jeder Haushalt nur bei demjenigen Kleinhändler seinen Zucker zu entnehmen hat, bei dem er zum Bezug von städtischen Waren angemeldet und als Kunde eingetragen ist. Eine Abgabe von Zucker durch die Kleinhändler an solche Haushalte, die in ihre Kundenlisten nicht eingetragen sind, zieht die gesetzlichen Strafen, eventuell die Entziehung des Verkaufsrechts nach sich. —

* **Verlegung von Diensträumen.** Die Diensträume für die Gewerbe-, Warenhaus-, Warenumsatz-, Hunde- und Betriebssteuerangelegenheiten sowie der Handwerkskammerbeiträge und der Metallbeschlagnahmesachen befinden sich vom 26. September an im Grundstück Rathausstraße 4, Eingang Kleine Steinstraße, 1 Treppe. —

* **Veränderungen in städtischen Ehrenämtern.** Die Stadtverordneten-Versammlung hat gewählt: zum Bezirksvorsteher im 6. Armenbezirk an Stelle des Kaufmanns Herrn Barth den Photograph Herrn Hein, Große Ulrichstraße 31; als Armenpfleger im 3. Armenbezirk für die Dauer des Krieges den Malermeister Herrn Heinrich Behnke, Moritzkirchhof 5. —

* **Felddiebstähle.** In der Nacht zum Sonntag wurden in der Beilstraße zwei Frauen angetroffen, die etwa 50 Pfund Weißkohl und 12 Pfund Tomaten bei sich trugen. Da es sich um gestohlenes Gut handelte, wurde es ihnen abgenommen. In derselben Nacht wurden auf der Genzmerbrücke zwei junge Burschen mit je einem Rucksack voll Kartoffeln angehalten, die sie nach eigner Angabe in Zscherbener Flur gestohlen haben wollen. Auch ihnen wurde das Diebsgut wieder abgenommen. —

Aus der Parteibewegung.

Spaltung der Berliner Stadtverordneten-Fraktion.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten im Berliner Rathaus betätigten sich bisher gemeinsam in der Kommunalpolitik. Das soll nun anders werden. Am 20. September wurde dem Vorsitzenden der Fraktion, Genossen Heimann, durch den Stadtverordneten Dr. Weyl mitgeteilt, daß sich die Unabhängigen zu einer selbständigen Fraktion konstituiert haben. Der „Vorwärts" bemerkt hierzu, als Grund für diese Spaltung werde von den Unabhängigen ein Beschluß des Bezirksvorstandes angegeben, nach welchem die Mitglieder der Stadtverordneten, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehen, ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit den Organisationen dieser Partei ausüben mögen. Dieser Beschluß sei aber nur ein äußerlicher Anlaß gewesen; schon seit langem waren einflußreiche, mit jedem Monat stärker drängende Kräfte am Werke, unter allen Umständen die Spaltung herbeizuführen. In mühevoller Arbeit eines vollen Menschenalters hat die Fraktion eine achtunggebietende Stellung in der Berliner Stadtverwaltung zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung errungen. Wie bisher, so konnte das Kommunalprogramm auch weiterhin die Grundlage für gemeinsame ersprießliche Tätigkeit abgeben. Ohne innern Grund ist der stolze Bau, an dessen Grundlegung und Errichtung der Genosse Paul Singer in erster Reihe mitgewirkt hat, in Trümmer geschlagen. Der bisherigen Tätigkeit der Unabhängigen stellt diese neue Tat sich würdig zur Seite. —

Der Parteiverein für Leipzig-Stadt und -Land (12. und 13. Reichstagswahlkreis) hielt eine Versammlung ab. Zunächst sprach Genosse Reichstagsabgeordneter Grenz über die politische Lage. Er betonte, daß sich beim Ausbruch des Krieges die sozialdemokratische Partei eine feste Grundlage für ihr Verhalten geschaffen und daß der Vorsitzende, Abgeordneter Haase, noch ein Jahr lang auf dieser Grundlage die Stellung der Partei vertreten habe. Die Politik der Partei war von jeher: für die Sicherung unsers Landes und zur Herbeiführung des Friedens nichts zu unterlassen. Auf dieser Grundlage haben unsre Genossen im Reichstag auch für die Resolution am 19. Juli gestimmt. Die Partei wird vor der Weltgeschichte bestehen. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Vorstand einstimmig beschlossen habe, daß unsre Partei sich an den Stadtverordnetenwahlen selbständig beteilige. Demnächst werde noch in einer Versammlung Stellung zur sächsischen Wahlrechtsfrage genommen werden. Wegen der „Freien Presse" habe der Vorstand sich mit dem Parteivorstand in Verbindung gesetzt. Mit dessen Hilfe werde in wenigen Wochen eine eigne Druckerei in Leipzig geschaffen, wodurch die Zeitung, die jetzt in Altenburg gedruckt wird, inhaltlich besser ausgestaltet werden kann. Es sei in Aussicht genommen, für den Bezirk einen Sekretär anzustellen. Zum Schlusse wies der Vorsitzende noch darauf hin, daß die Mitglieder sich die Legitimation der Beitragskassierer zeigen lassen möchten, denn es sei schon wieder vorgekommen, daß ein Unabhängiger die Beiträge bei einem Mitglied zu erheben versuchte. —

Ein inneres Stockholm nötig! Für die Wiedervereinigung der österreichischen Sozialdemokratie aus ihren ehemaligen Bestandteilen, den Partien der einzelnen Nationen, tritt Abg. Dr. Karl Renner im „Kampf" ein. In Stockholm, fern von der heimatlichen Enge und Rückständigkeit, hätten die Abordnungen der einzelnen österreichischen sozialdemokratischen Parteien sowohl die Verderblichkeit der Zerrissenheit wie die Notwendigkeit der Vereinigung zu gemeinsamer Führung des proletarischen Kampfes nach dem Krieg erkannt oder sich doch dieser Erkenntnis genähert. Auch der nationale Zwiespalt in der österreichischen Sozialdemokratie wirke kriegsverlängernd. Die Wiedervereinigung der Parteien könnte etwa auf die Beendigung des Krieges von Einfluß sein, sie sei aber zwingend notwendig für die Zukunft, in der ein durch den Krieg ungeheuer gestärkter Kapitalismus dem Proletariat die Zähne zeigen werde. Bevor die Oesterreicher den Stockholmer Beratungssaal betreten, müßten sie sich hierüber klar sein und darüber, daß die demokratische und sozialistische Entwicklung die sicherste Friedensbürgschaft sei. Oesterreichs Sozialisten brauchten nicht nur das Stockholm weit oben im fernen Norden, sie brauchten auch ein Stockholm daheim im eignen Lande. —

Kleine Chronik.

Selbstmord einer Schauspielerfamilie.

Eine erschütternde Familientragödie hat sich in Berlin in dem Hause Taborstraße 24 abgespielt. Dort wohnte der 37 Jahre alte Schauspieler Schulze mit seiner 30 Jahre alten Gattin und vier Kindern. Schulze war bis vor kurzem in kleinern Rollen im Thaliatheater beschäftigt gewesen. Es war im Hause bekannt, daß die Familie große Not litt. Als am Sonnabend morgen die Portierfrau die Wohnung der Familie betrat, fand sie Schulze, dessen Gattin und drei der Kinder, den 11 Jahre alten Otto, den 8 Jahre alten Erich und die 7 Jahre alte Hilde tot auf. Sie hatten sich, wie festgestellt wurde, mit Zyankali vergiftet. Die älteste 13 Jahre alte Tochter weilte in der Schule und ist so dem Tod entgangen. Für sie hatte der Vater eine Schale mit Gift und einen Brief hinterlassen, in dem er ihr schreibt, wenn sie den Eltern folgen wolle, möge sie es tun. Das Gift wirke schmerzlos und schnell. „Sonst", heißt es in dem Briefe, „sind die Papiere in Ordnung, Möbel und Klavier sind Dein. Wir konnten nicht anders handeln und können nicht länger leben." —

Das Schwein im Straßenbahnwagen.

Einen seltenen Fund in einem Straßenbahnwagen machte ein Gendarmeriewachtmeister in Groß-Lichterfelde. Der Beamte hatte sich als Tätigkeitsgebiet für seine Kontrolle der Lebensmittelhamsterer den Bahnhof Lichterfelde-Ost und die in der Nähe befindliche Haltestelle der Kreisstraßenbahn ausgewählt. Als er einen Wagen der Kreisstraßenbahn kurz vor seiner Abfahrt von der Haltestelle durchsuchte, entdeckte er einen Korb und einen großen Karton, die das Fleisch eines frisch geschlachteten Schweines enthielten. Der Beamte beschlagnahmte die Ware, es war ihm aber nicht möglich, den Eigentümer der beiden Gepäckstücke zu ermitteln. Keiner der im Wagen befindlichen Fahrgäste wollte etwas von dem Fleische wissen. —

Rindfleisch „hintenrum".

Wegen eines Schleichhandels mit Rindern hatten sich der Schlächtermeister Albert Rückert, der Arbeiter Hermann Krause, der Molkereibesitzer Robert Blaser und der Schlächtermeister Karl Stumpf vor der Berliner Strafkammer zu verantworten. Am 23. Januar verkaufte der Molkereibesitzer Blaser an Krause vier Kühe; dieser schlachtete die Kühe in Weißensee. Sie wurden weiter an den Schlächtermeister Rückert zum Preise von 2.20 Mark für das Pfund verkauft. Wenige Tage darauf kaufte Rückert von Strumpf zwei Kühe, die gleichfalls in Weißensee geschlachtet wurden. Rückert wollte das Fleisch zur Fabrikation von Konserven verwenden. Die Sache wurde aber bei der Polizei ruchbar und diese nahm sowohl Rückert als auch Krause in Haft. Der Haftbefehl wurde erst gegen Stellung von Kautionen in Höhe von 10 000 bzw. 5000 Mark wieder aufgehoben. Der Gerichtshof verurteilte Rückert zu einem Monat Gefängnis und 6000 Mark, Krause zu 1 Monat und 4000 Mark, Blaser zu 1 Monat Gefängnis und Stumpf zu 1000 Mark Geldstrafe. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Einlagerung von Winterkartoffeln.

Die in Halle wohnhaften Kartoffel-Kleinhändler, welche gute Kellerräume zum Lagern von Kartoffeln haben, werden hiermit aufgefordert, dies dem Magistrat (Stadt-Ernährungsamt II) binnen 3 Tagen schriftlich anzuzeigen. In der Anzeige ist die Größe der Lagerfläche in Quadratmetern anzugeben. Es sind nur Keller anzugeben, welche trocken, luftig, im Winter gegen Frostgefahr leicht zu schützen sind, so daß sie sich zum sichern Einlagern von Kartoffeln während der Winterperiode eignen.

Halle, den 23. September 1917. **Der Magistrat.**

Anmeldungen zur Landsturmrolle.

Durch den Aufruf des Landsturms vom 28. Mai 1915 ist u. a. die ganze jüngste Jahresklasse des Landsturms 1. Aufgebots — jetzt Geburtsjahrgang 1900 — betroffen worden.

Die Verpflichtung zur Anmeldung zur Landsturmrolle beginnt mit dem Zeitpunkt des Eintritts in das wehrpflichtige Alter, also mit der Vollendung des 17. Lebensjahrs.

Diejenigen Wehrpflichtigen, **die bis einschließlich 30. September 1917 das 17. Lebensjahr vollendet haben,** werden hierdurch aufgefordert, die Anmeldungen zur Landsturmrolle, soweit dies noch nicht geschehen ist,

in der Zeit vom 9. bis 11. Oktober von 11 bis 1 Uhr vormittags und 5 bis 6 Uhr nachmittags im Stadthaus, Schmeerstraße Nr. 1, II, Zimmer Nr. 18,

zu bewirken.

Die **nicht** in Halle oder in den eingemeindeten Vororten (Giebichenstein, Trotha und Cröllwitz) gebornen Wehrpflichtigen haben bei der Anmeldung einen standesamtlichen Geburtsschein, der zu diesem Zwecke kostenlos erteilt wird, vorzulegen. Für die **in Halle** oder in den frühern Vororten Gebornen genügt jeder andre amtliche Ausweis, wie Invalidenkarte, Arbeitsbuch, Schulzeugnis.

Unterlassung der Anmeldung hat Bestrafung nach den Militärstrafgesetzen zur Folge.

Halle, den 21. September 1917.

Der Zivilvorsitzende der Ersatz-Kommission der Stadt Halle.

Freibank.

Mittwoch 243

7 Uhr Nr. 801—900 9 Uhr Nr. 1001—1100
8 „ „ 901—1000 10 „ „ 1101—1200

Tomaten
beste Ware, empfiehlt
Schäfers Gärtnerei
Döllnitz.

Albrechts Naturheilanstalt
— Telephon 6451 —
28 Friedenstraße 28.
Gut eingerichtetes Sanatorium.
Alle elektrischen u. medizinischen Bäder.
Künstliche Höhensonne usw. gut bewährt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170925-10/fragment/page=0002
DFG